

Firmen

Moderne Politische Ökonomie erhält Aufwind

Hauptexponent ist James M. Buchanan, diesjähriger Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft

rich Versicherungen

Zürich: Die Schweizerische Krenstalt begibt 150000 Optionen für Erwerb von «Zürich»-Namenen, je 6 Optionen berechtigen 1.1. Januar 1987 bis zum 15. Dezember 1989 zum Kauf einer Namenen «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft zum Preis von Fr. 3700.— Plazierungspreis beträgt Fr. — pro Optionsschein. Die Optionen werden ab Mitte Dezember 1986 an den Börsen von Zürich, Genf, Basel notiert. Zur Sicherstellung der Optionsrechte werden bei SKA 25000 Namenaktien «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft verlegt werden. (PD)

atobel und Rück

Zürich: Die Bank J. Vontobel und AG kommt mit 120000 Optionen Namenaktien der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft auf den Markt. Nach Angaben der Bank von gestern handelt es sich um die erste «in the money»-aktion in der Schweiz, indem der Bezugspreis der Aktien unter dem Tages-Börsenkurs von 7100 Fr. liegen komme. Zehn Optionen zum Kauf einer Namenaktie der Bank J. Vontobel zum Preis von 6850 Fr. hiess es. Die Optionen könnten 1.1. Januar 1987 bis zum 30. Juni 1988 ausgedbt werden. (trr)

A und Schweizerische Rück

Zürich: Nach der Bank Vontobel hat auch die Schweizerische Krenstalt (SKA) Optionen zum Erwerb von Schweizer Rück-Namenen. Wie die SKA gestern mitteilte, wird die Emission auf höchstens 120000 Stück begrenzt. Von der Emission berechnen je zwölf Optionen vom 1. Januar 1987 bis zum 30. April 1990 zum Kauf einer Namenaktie zum Preis von 7700 Fr. Pro Optionsschein beträgt der Plazierungspreis 100 Franken. (sda)

xelles Lambert

Zürich: Die Banque Bruxelles Lambert (Suisse) SA, Genf, hat im Geschäftsjahr 1985/86 per Ende September den Reingewinn um gut 12 Prozent auf 9,68 (Vorjahr 8,67) Mio. gesteigert. Die Bilanzsumme stieg um 9 Prozent auf 1,25 (1,15) Mrd. Fr., wie der Mitteilung des Verwaltungsrates von gestern weiter zu entnehmen ist. Den Aktionären soll unveränderte Dividende von 96 auf den 60000 alten Aktien sowie 100 auf den im Februar 1986 ausgebenen 20000 neuen Papieren ausgeschüttet werden. (sda)

Der diesjährige Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, James M. Buchanan, gilt als Gründer und Hauptvertreter der politischen Ökonomie. Seine Auszeichnung für diese Forschungsrichtung wird allerdings in den Vereinigten Staaten zunehmend Gegenstand heftiger Kritik (vgl. Kasten). In einer Würdigung, die hier auszugsweise abgedruckt ist, beleuchtet ein Wirtschaftswissenschaftler Buchanans Forschung und Bedeutung.

Bruno S. Frey*

In diesem Jahr wurde der Nobelpreis für Ökonomie für eine interdisziplinäre Leistung vergeben. James M. Buchanan ist einer der Gründer und Hauptexponenten einer Forschungsrichtung, bei der die Bereiche von Wirtschaft und Politik miteinander verbunden werden. Bei den Vätern der Nationalökonomie wie Adam Smith oder John Stuart Mill gab es noch keine Trennung zwischen diesen beiden Bereichen: Untersucht wurde das Handeln des Menschen in der Gesellschaft als Ganzem, und entsprechend wurde auch von «Politischer Ökonomie» gesprochen. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts und ganz besonders seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich eine strenge Trennung durchgesetzt. Die Nationalökonomie hat sich auf die Erforschung des rein wirtschaftlichen Bereichs konzentriert. Neben erheblichen Fortschritten hat diese Entwicklung aber auch dazu geführt, dass die vielfältigen Verbindungen zwischen Wirtschaft und Politik vernachlässigt, ja sogar ignoriert wurden.

James M. Buchanan wurde dafür ausgezeichnet, einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet zu haben, diese Trennung zu überwinden. Damit hat er die Nationalökonomie zur politischen Ökonomie zurückgeführt. Um diese Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik herzustellen, wurde diese Moderne Politische Ökonomie – in den USA wird sie Public Choice genannt – mit Hilfe der spezifischen Denkweisen und dem Instrumentarium der modernen Ökonomie entwickelt. Buchanan ist indessen Ökonom geblieben, und gerade auch als Finanzwissenschaftler genießt er Weltruf. Der von Buchanan vertretene Ansatz wird heute auch von vielen Politikologen vertreten. Auch in der Soziologie findet diese sogenannte «rational choice»-Richtung immer mehr Anhänger. Das zugrundeliegende Menschenbild, wonach unter Berücksichtigung von Nutzen und Kosten gehandelt wird, wird auch innerhalb der



Nobelpreisträger James M. Buchanan: Den einen genialer, den anderen trivialer Wirtschaftswissenschaftler. (Bild: Reuters)

Psychologie ernst genommen. Die vom diesjährigen Preisträger vertretene Politische Ökonomie hat somit einen besonders erfolgreichen Beitrag zur Entwicklung einer interdisziplinären Sozialwissenschaft geleistet.

James M. Buchanan ist ein überzeugter Liberaler und Demokrat, für den die Freiheit des Einzelnen in einem Rechtsstaat das höchste politische Gut bedeutet. Das Ausmass dieser individuellen Freiheit in politischer und ökonomischer Hinsicht hängt von den Institutionen ab, die im Staat und in der Wirtschaft gelten. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen fallen z.B. unterschiedlich aus, je nach dem, ob ein Land zentralistisch oder föderalistisch aufgebaut ist und ob die politischen Entscheidungen durch ein repräsentatives Organ (Parlament) oder direkt durch das Volk getroffen werden. Daraus folgt die Bedeutung institutioneller Regelungen oder der Verfassung – in diesem Beispiel des Staatsaufbaus – für die Wirtschaftspolitik in einer Demokratie.

Bis anfangs der sechziger Jahre wurden derartige Aspekte von der Nationalökonomie ignoriert. Sie war rein instrumentell orientiert: Welche Massnahmen sollten ergriffen werden, um ein bestimmtes Ziel (z.B. Preisstabilität) zu erreichen? Unberücksichtigt blieb, welche Anreize die Regierung hat, die von den Ökonomen vorgeschlagenen Massnahmen auch tatsächlich durchzuführen. In der Tat zeigt es sich, dass die Regierung oft nicht daran denkt, die Ratschläge der Experten zu befolgen. Buchanan und andere Vertreter der Politischen Ökonomie bemühen

sich deshalb, die Gründe für das beobachtete Verhalten von staatlichen Entscheidungsträgern aufzuspüren. Sie gehen dabei davon aus, dass Politiker und Angehörige der öffentlichen Verwaltung bei ihrem Handeln die auf sie selbst entfallenden Vor- und Nachteile (oder Nutzen und Kosten) berücksichtigen. In einer Demokratie können Politiker zum Beispiel nicht einfach ihre Ideale (oder Ideologien) verfolgen, sondern müssen sich um die Wiederwahl bemühen. Aus diesem Grund werden Politiker in aller Regel vor einer Wahl keine Antiinflationpolitik unternehmen, die zuerst das Volkseinkommen und die Beschäftigung mindert, und erst längerfristig den Preisauftrieb dämpft. Sie würden ihre Wiederwahl riskieren – und die ist ihnen wichtiger als Massnahmen zum «allgemeinen Wohl».

James M. Buchanans wichtigster Beitrag liegt darin, die Konsequenzen dieses Verhaltens der Politiker und anderer kollektiver Entschei-

dungsträger (Mitglieder der öffentlichen Verwaltung oder Vertreter von Interessengruppen) für die Wirtschaftspolitik aufzuzeigen. Gegenüber der bisherigen Sicht, die vom Konzept eines «wohlwollenden Diktators» ausgeht, der die gesellschaftliche Wohlfahrt maximiert, wird ein radikaler Bruch vollzogen. Es geht nicht mehr nur darum, geeignete wirtschaftspolitische Massnahmen vorzuschlagen. Vielmehr müssen institutionelle Bedingungen gefunden werden, die die politischen Entscheidungsträger veranlassen, eine Politik zu betreiben, die den Wünschen der Bürger entspricht.

Die Verleihung des Preises an James M. Buchanan ist als äusserst glücklich anzusehen, ist sie doch nicht nur eine verdiente Anerkennung für vergangene Leistungen, sondern auch ein Hinweis auf eine fruchtbare Richtung der Nationalökonomie.

* Bruno S. Frey ist Professor am Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich.

Nobelpreisträger unter Beschuss

Washington (lc). Um den diesjährigen Nobelpreis für Ökonomie, der dieser Tage in Stockholm dem Amerikaner James Buchanan überreicht werden soll, ist in den USA eine lebhafteste Debatte entstanden. Dem 67jährigen Professor der George Mason University in Fairfax (Virginia) wirft man mangelnde wissenschaftliche Qualifikation vor. Ein Kolumnist der «Washington Post» bezweifelte in einem schneidenden Kommentar Buchanans wissenschaftliche Verdienste. Fast alles, was Buchanan zu sagen habe, sei trivial. Jeder Laie mit gesundem Menschenverstand könne zu den gleichen Schlüssen kommen. Sogar im konservativen «Wall Street Journal» höhnte ein Kolumnist: «Ich komme mir vor wie ein Dummkopf, dass ich die Erkenntnisse der «Public Choice»-Theoretiker nicht selber propagiert habe.» Die Fachkollegen Buchanans halten mit ihrer Kritik mehrheitlich zurück. Die meisten, wie etwa Franco Modigliani, der den Preis im Vorjahr gewonnen hatte, äussern ihre Einwände nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Sie begnügen sich damit, sachte darauf hinzuweisen, dass das Nobelpreiskomitee mit Buchanan einen Wissenschaftler «vom Randgebiet der Ökonomie» gewählt habe und sich möglicherweise von der

schwedischen Innenpolitik habe beeinflussen lassen. Die eigentliche Zielscheibe der Kritik dürfte Buchanans Ideologie sein. Die offenbar etwas dürre wissenschaftliche Qualifikation des Geehrten dient den Heckenschützen nur als Vorwand. Buchanan ist ein neokonservativer Denker. Er befürwortet unter anderem einen Verfassungsartikel, der ein ausgeglichenes Bundesbudget vorschreiben würde. Angesichts der ausufernden US-Budgetdefizite würde ein solcher Verfassungsartikel fast unweigerlich einen radikalen Abbau der Aktivitäten der Bundesregierung nach sich ziehen.

Nach Buchanans eigener Aussage hat seine «Public Choice»-Theorie (im Deutschen oft «Neue Politische Ökonomie» genannt) nicht unwesentlich dazu beigetragen, jene «Steuerrevolte» oder Anti-Staats-Bewegung zu fördern, die in den letzten Jahren in Amerika Furore gemacht hat. Die Kritiker der diesjährigen Nobelpreisvergabe glauben, das schwedische Preis Komitee ziele mit Buchanans Wahl darauf ab, denjenigen Kräften Auftrieb zu verleihen, die den modernen Wohlfahrtsstaat und die sozialdemokratische Umverteilungsphilosophie demontieren möchten – nicht nur in Amerika, sondern auch in Europa.

sean will gemeinsamen Markt

Einheitsmarkt soll Investoren-Interessen wecken

Asien und die Philippinen haben sich auf einer Wirtschaftskonferenz am vergangenen Wochenende in Kuala Lumpur dafür ausgesprochen, einen gemeinsamen Markt der sechs Länder des südostasiatischen Staatenbundes Asean zu schaffen. Diese Idee wird von Kommissar Claude Cheysson unterstützt. Er hatte das zurückhaltende Interesse europäischer Investoren in der Asean-Region mit dem Fehlen eines südostasiatischen Binnenmarktes begründet. (dpa). Noch Anfang der 80er Jahre erlebte die Region einen eindrucksvollen Wachs-

muss den Gürtel enger schnallen, ihr Lebensstandard sinkt. Das kleine, aber reiche Öl-Sultanat Brunei konnte das Wirtschaftstief bisher besser als die übrigen Asean-Staaten verkraften. Im «High-Tech»-Stadtstaat Singapur, der seine Prosperität vor allem hochwertigen Exportgütern verdankt, bewirkte besonders die Lage auf dem US-Markt eine Stagnation des Exports.

Der philippinische Handels- und Industrieminister José Concepcion plädierte in Kuala Lumpur für einen gemeinsamen Asean-Markt. Dieser würde die wirtschaftliche Ko-

Holderbank steigert Absatz

Währungszerrfall verursacht aber Umsatzrückgang

Der Zementkonzern Holderbank erwartet im laufenden Jahr eine Steigerung seines weltweiten Absatzes um rund zehn Prozent. Wie die Holderbank Financière Glarus AG gestern mitteilte, dürften auch die in Lokalwährung erarbeiteten Resultate deutlich über den guten Vorjahreswerten liegen. Der konsolidierte Umsatz, der 1985 3,6 Mrd. Fr. betrug, werde hingegen um 15 Prozent abnehmen.

(ap). Dank Produktivitätssteigerung, geringeren Zinskosten und tieferen Energiepreisen wird dieser Rück-

gang durchschlagen. Der Holdingabschluss 1986 werde ein gutes und gegenüber dem Vorjahr ein deutlich verbessertes Resultat ausweisen. Neben höheren Beteiligungserträgen sei diese Entwicklung namentlich eine Folge der günstigeren Finanzstruktur und der erhöhten Liquidität nach den Kapitalerhöhungen von 1985 und 1986.

Zum Umsatzrückgang des Konzerns aufgrund des Währungszerrfalls schreibt Holderbank weiter, dass sich allein der für die Konsolidierung massgebliche Durchschnittskurs des Dollars um mehr

Sandoz-Aktien im Strudel des Brandes

(ap). Die Sandoz-Aktien sind gut eine Woche nach dem Grossbrand einer Chemie-Lagerhalle in Schweizerhalle (BL) unter starkem Verkaufsdruck geraten. Die Partizipationsscheine (PS) wurden 10,1 Prozent tiefer gehandelt, die Inhaberaktien 8,1 Prozent tiefer und die Namensaktien 7,0 Prozent tiefer. An den Börsen mussten die permanent gehandelten Sandoz-PS abgeläutet werden. Ein Kurs kam erst wieder bei 1480 Fr. zustande, doch erholten sich die Papiere wieder auf 1565 Franken. In der Liste der grössten Tagesverluste standen Sandoz-PS mit 180 Franken an der Spitze. Sandoz-Inhaber sanken um 900 auf 9000.